

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten: Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar. Die Jesuitenfrage ist jetzt auch im preussischen Abgeordnetenhause be-
rührt worden. Der Antrag dazu hat ein voll-
ständig unbegründeter Ausfall des Abg. Danzen-
berg auf den evangelischen Bunde, dem er eine
heftige Tätigkeit zur Last legt, zu seinen
glaubte. Herr Danzenberg gehört zu den Zen-
trumsmittlern, die schon in der Kulturkampf-
zeit sich durch eine gewisse Heftigkeit aus-
zeichneten. Ein Streit mit dem früheren
Generalsekretär des Ultramontanismus, dem Abg.
Dr. Winterhagen, war die Veranlassung, daß er
eine Zeit lang von der politischen Schaubühne
verschwand. Mit seinem Wiedereintritt in das
Abgeordnetenhause scheint er auch zu seinen alten
Neigungen zurückgekehrt zu wollen. Herr Dr.
Sattler wies mit Recht darauf hin, daß mit den
früheren Versicherungen des Ultramontanismus
die Forderung der Wiedereinführung des Jesuiten-
ordens, des Kampfbundes gegen den Protestantismus,
nur schlecht im Einklange stehe. Zwar versuchte
Abg. Dr. Pösch sich dem gegenüber auf amtliche
Berichte über die „segenreiche Tätigkeit“ des
Jesuitenordens in Preußen in den fünfzig Jahren
zu berufen. Aber es wäre doch wohl mehr
am Platze gewesen, endlich eine Erklärung dafür
zu geben, wie es kommt, daß selbst katholische
Staaten, z. B. Bayern, schon lange vor Erlaß
des Jesuitengesetzes für das Reich sich genötigt
gesehen haben, diesem „segenreich“ wirkenden
Orden das Recht der Niederlassung zu verweigern.
Im Uebrigen ließ sich ein Ton friedlichen Ent-
gegenkommens in den Erklärungen der liberalen
Abgeordneten nicht vermissen. Selbst dem ver-
legenden Einbruch, der auf dem letzten Katholikentage
erfolgt ist: „Katholik ist Feind!“ wurde
eine harmlose Deutung zu geben versucht, was
freilich auch nicht recht stimmt zu der Thatsache,
daß dieses böhmische Wort auch später noch in
politischen Versammlungen, z. B. dem Abg. Dr. Lieber
angewendet wurde. Will der Ultramontanismus
wirklich Frieden, so mag er zuerst dafür sorgen,
daß den freien Versammlungen der Reformation in
der katholischen Presse ein Ziel gesetzt werde. Was
wollen alle scharfen Ausfälle gegen das Papst-
thum von evangelischer Seite bezeugen gegen die
Verunglimpfung der Persönlichkeit? Die
Schrift „Majestas über den Selbstmord“ ist
erst vor Jahresfrist erschienen, und nur ver-
einzelt katholische Blätter, zu denen aber der
Parlamentarier nicht zählt, haben gegen diese
dreiste Geschichtsfälschung Front gemacht. Da ist
eine heftige Tätigkeit, deren Verrichtung den
empfindlichen Herren im Zentrum genügt zu
schaffen geben wird.

Einzelne Vermögensgegenstände hatten
mehrfach rückständige Beiträge verstorbenen Mit-
glieder gegen deren Erben im Wege des Verwal-
tungstreitverfahrens betreiben lassen. Das
Reichsversicherungsamt hat dieses Verfahren für
unstatthaft erklärt. Die Vermögensgegenstände
haben vielmehr nach erfolgter Feststellung der Höhe
der Beiträge gegen die Erben erforderlichen-
falls vor den ordentlichen Gerichten Klage auf
Zahlung dieser Beiträge zu erheben. Eine Aus-
nahme ist nur in dem Falle statthaft, wenn die
Erben den Betrieb fortsetzen und die Geschäfts-
schulden als Geschäftsnachfolger ausdrücklich über-
nehmen haben.

Aus Breslau gehen der „N. A. Ztg.“
von beträchtlicher Seite Beschwerden darüber zu,
daß dort in zahlreichen Fällen die dem Publikum
gegenüber als Gastwirthe auftretende Person gar
nicht Inhaber der für das betreffende Lokal er-
theilten Konzession sei, woraus für die Konsumenten
nicht nur, sondern auch für den Stand der Gast-
wirthe mancherlei Schwierigkeiten erwachsen. Man
hört daher eine Reform des Konzessionswesens in
der Richtung für notwendig, daß der das Gast-
wirthsgewerbe Ausübende auch stets der Kon-
zessionsinhaber sein müsse.

Die Organisationsverhältnisse des fran-
zösischen Heeres werden in dem kürzlich von dem
Deputierten Cochet namens des Budgetausschusses
der Deputiertenkammer dem Plenum erstatteten
Bericht in sehr lichtvoller und eingehender Weise
geschildert. Herr Cochet berechnet, daß Frank-
reich im Kriegsfalle eine Streitmacht von 1650
Infanterie-Bataillonen, 600 Eskadrons, 750 Ge-
schütz-Batterien aufzustellen vermöge, ohne die Ersatz-
truppentheile, aber einschließlich der Reservever-
meiner. Das französische Heer zählte 1889 an
Infanterie 372 Bataillone, 238 Eskadrons, 232
Batterien gegen 727 Bataillone (dieser Zahl fehlt
im Bericht, ist aber augenscheinlich falsch ka-
lulirt, da die Zahl der Bataillone nur 584 be-
trägt ohne Marine-Infanterie), 448 Eskadrons
und 484 Batterien im Jahre 1893. Der Be-
richt fügt aber treffend hinzu, daß der große
Unterschied zwischen der militärischen Leistungsfähigkeit
Frankreichs von 1870 und 1893 nicht
nur in den vorstehenden Zahlen zum Ausdruck
komme, sondern darin, daß Frankreich jetzt in der
Lage sei, außerdem noch Millionen ausgebildeter
Soldaten ins Feld zu stellen, während 1870, ab-
gesehen von der mangelhaft organisierten Mobil-
garde, keine Reservearmee verfügbar war.

In dem Bericht wird nachgewiesen, daß
Frankreich allein für sein Landheer — die eben-
falls nach Millionen zählenden Ausgaben für die
Flotte sind dabei gar nicht berücksichtigt — in den
Jahren 1871 bis 1893 im Ganzen 15 Milliarden
308 Millionen Francs aufgewendet hat. Es
treten noch hinzu 1 Milliarde 620 Millionen für
Pensionen und 875 Millionen für strategische
Eisenbahnen, so daß sich die militärischen Aus-
gaben auf rund 18 Milliarden belaufen.

Hieron fanden 21 Milliarden 891 Millionen
Verwendung für die Instandhaltung des Ma-
terials; 11 Milliarden 774 Millionen zur Unter-
haltung der eigentlichen Streitkräfte.

Man wird — bemerkt dazu eine deutsche
militärische Stimme — diesen Bericht nicht aus
der Hand legen können ohne das Gefühl der Be-
wunderung für den Patriotismus und die Opfer-
willigkeit des französischen Volkes, zumal wenn
man in Betracht zieht, daß alle diese enormen
Summen angesichts einer allgemeinen Schulden-
last aufgebracht worden sind, wie sie kein Staat
der Welt in diesem Umfang trägt. Fernerhin
muß berücksichtigt werden, daß seit 22 Jahren
diese beispiellos großen finanziellen Aufwendungen
für das Heer gemacht wurden, ohne daß jemals
der geringste Druck seitens der Regierung auf die
Vertheilung des Landes nötig gewesen oder eine
Meinungsverschiedenheit zwischen den maßgeben-
den Faktoren eingetreten wäre.

Hannover, 21. Februar. Ein Gegenstand
von großer Bedeutung für unsere Stadt und die
ganze Provinz wird den Ende dieses Monats hier
zusammentretenden Provinziallandtag beschäftigen,
das ist, so schreibt die „Befr.“, die Ueber-
nahme der Herrenhauser Baumkulturen und Obst-
plantagen auf die Provinz. Seit Alters her hat
sich die Herrenhauser Obstkultur eines wohlver-
dienenden Rufes erfreut. Die hannoversche Königs-
familie hat für dieselbe, wie überhaupt für
Herrenhausen als den dicht vor den Thoren von
Hannover gelegenen Sommerwohnsitz, stets das
heftigste Interesse beibehalten. Die gedachte
Baumkulturen nebst Zubehör erstreckt sich über eine
Fläche von 76 Morgen, von welchen aber nur 46
Morgen zum Schloßgut Herrenhausen gehören,
also im Eigentum des Herzogs von Cumberland
stehen, während die übrigen 30 Morgen zweifels-
los dem preussischen Fiskus gehören. Ein Aus-
einanderreißen der seit Jahren einheitlich bewirth-
schafteten und im engsten Zusammenhange stehen-
den Flächen ist technisch unmöglich. Der Herzog
will nun aber weder vom Fiskus, noch dieser
vom Herzog den anderen Theil der Gesamt-
fläche pachten oder kaufen. Auch wollen beide
Theile nicht verkaufen. So droht der altbewährte
und für die Obstkultur in unserer Provinz
höchst wichtigen Anlage der Untergang. Um aus
dieser ähnen Lage einen Ausweg zu finden, hat
das Landesdirektorium den glücklichen Gedanken
gefaßt, die gesamte Fläche für die Provinz pach-
tenweise zu übernehmen. Der Herzog von Cumber-
land und die Regierung haben sich bereit erklärt,
ihre Antheile zu einem entsprechenden Pachtpreise
auf 18 Jahre der Provinz zu überlassen. Nach
der allgemeinen hier herrschenden Stimmung
muß der Provinziallandtag auf die Pachtung ein-
gehen.

Bremen, 21. Februar. Der Ausschuss der
Odenburger Eisenbahn hat nach der „Befr.“
beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, eine
genaue Untersuchung zu veranlassen, ob der frühere
Eisenbahndirektor Bormann wegen eigenmächtiger
Handlungsweise dienstlich oder zivilrechtlich zur
Verantwortung zu ziehen sei.

Leipzig, 21. Februar. Bürgermeister Wag-
ner aus Rabenburg bei Großenhain ist seines Amtes
enthoben worden. Derselbe hat nicht unerhebliche
Gelder der Kranken- und Herbergskasse unter-
schlagen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien (Oesterreich), 21. Februar. (W. Z.)
Deute Mittag fand hier die Taufe des
jungstgeborenen Sohnes der Erzherzogin Marie
Valerie statt. Kaiser Franz Josef fungte als
Taufpate. Der Erzherzog erhielt die Namen
Franz Karl Salvator Maria Josef Ignaz.

Wien, 21. Februar. Baron Edelsheim-
Gyulay, der bekannte Reitergeneral, ehemals Kom-
mandirender in Ungarn, liegt im Sterben.

Schweiz.

Bern, 21. Februar. Der Vorsteher des
Departements des Auswärtigen Kadelen hat heute
dem Bundesrath über den Basler Zwischenfall,
wegen dessen der französische Gesandte Arago sich
bezwungen, Bericht erstattet. Der Bundesrath
beauftragte den Bundesanwalt Scherb, sich nach
Basel zu begeben, um daselbst den Thatbestand
festzustellen. Wenn die Angaben des französischen
Gesandten mit dem schweizerischen Vorgang über-
einstimmen, wenn Präsident Carnot in der That
öffentlich beleidigt worden sein sollte, dann wäre
auch die französische Regierung bestraft, beim
Bundesrath die strafgerichtliche Verfolgung des
Schulbigen zu beantragen. Der französische
Konful in Basel hatte heute hier mit dem
französischen Gesandten Arago eine Unterredung.
Auf der französischen Gesandtschaft zeigt man sich
ziemlich erregt. Von diesem neuen Zwischenfall,
zu dem die Basler Fastnacht Anlass gegeben, ist
man im Bundesrathshaus augenscheinlich unan-
genehm berührt.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. (W. Z.) Die
Bildung der tröstlichen Sage, daß die ganze
Panama-Gaunerei eine deutsche Angelegenheit sei,
in der Franzosen lediglich die Rolle von Opfern
spielen, ist an dieser Stelle seit ihren frühesten
Anfängen in ihrem allmählichen Fortschreiten auf-
merksam verfolgt und wiederholt dargestellt wor-
den. Jetzt hat die Sage ihre volle Reife erlangt.
In der Vorstellung des Volkes ist sie eine ge-
schichtliche Wahrheit geworden, die Niemand mehr
anzweifeln kann. Das Völkchen glaubt, daß sich
des Gegenstandes bemächtigt, und auf „Zügel-
des Geirages“ wird den Franzosen die Rinde
zugetragen, daß ein böser Deutscher das Panama-
unternehmen zu Grunde gerichtet und den groß-
herzigen Franzosen eine Milliarde gestohlen hat.
Das ist der Niederschlag der ganzen Panama-
Geschichte im französischen Volksgedächtnis. Von
Bessens ist nirgends die Rede. Bei den Be-
strebungen hält sich das Volksthum nicht auf.
Es leidet, es schmäht nur den einen Cornelius
Fert! Hier sind die Anfangs- und Endtrophien
eines Viebes, das gegenwärtig viel in den Pariser
Straßen, wahrscheinlich auch schon auf den
Marktplätzen der Dörfer, geklungen und um zehn
Centimes verkauft wird: „Hört die traurige Ge-
schichte — die ich euch erzählen will — Wirklich,
es ist nicht zu glauben! — Ich meine Panama
— Hört die neueste Geschichte — Von der man
noch lang sprechen wird! — Aus welchem Lande
ist er denn? — Ist dieser Herr aus Deutschland
oder Italien? — Sagt mir, welches das Vater-
land — Dieses Gauners und Schurken ist! —
Woher wird er denn die Milliarde verschleppen
— Die er uns zu stehlen gewußt hat? — In einer
Reihe ähnlich schmerzvoller Strophien wird
schließlich das Lied: „Hört mir, daß die Gerechtigkeit
dieses schändlichen Goldgräbers bestrafen wird.
Aber über unsere arme Milliarde müssen wir ein
Kreuz machen.“ Ein zweites Lied beschäftigt sich
mit Arton, ein drittes mit Reinech. Und eines
mit dem Reinech: „Tarara-Vom-Die-
Panama-Vom-Die!“ spricht auch von den
Chefs-Abgeordneten. Aber es findet keinen Aus-
klang. Das Volk hält es wahrscheinlich für
Verleumdung! Man könnte die Franzosen bei-
nahe darum beneiden, daß sie sich mit so treuer
Eigenliebe lieben und so leicht für ihre schlimm-
sten Tünden Selbstvergebung finden.

Paris, 21. Februar. (W. Z.) Als
Kandidaten für das Senatspräsidium werden
noch genannt: Jules Simon, Bardoux und
Loubet.

Italien.

Rom, 20. Februar. Ueber die glänzende
Feier des 50jährigen Bischofsjubiläums Leo XIII.
habe ich Ihnen bereits berichtet; es erübrigt noch,
die Feierlichkeit von einer anderen Seite aus zu
betrachten. Bereits vor 6 Jahren hatte Leo XIII.
die fünfzigjährige Feier seines Eintritts in die
Orden begangen; die nämlichen Festlichkeiten und
Zeremonien haben sich gestern nur weit glänzender
als damals wiederholt. Die Staatshäupter der
Nationen fast der ganzen Welt haben Papst
Leo XIII. außerordentliche Gesandte mit Glück-
wünschen begleitet, wobei natürlich küniglichen Geschen-
ken geschickt; die Bischöfe führten aus allen
Himmelsrichtungen die Pilger zu Fuß vor den
Papst und nahe an 20 000 haben den feierlichen
Segen in der Basilika von St. Peter empfangen.
Es ist natürlich, daß die Katholiken ein so seltenes
Ereignis in einer ganz selten imposanten Form
feierten. Es ist keine Wahrscheinlichkeit vorhan-
den, daß Leo XIII. jemals den 25. Jahrestag
seiner Erhebung auf den heiligen Stuhl feiern
wird, noch daß er die 32 Regierungsjahre seines
Vorgängers Pius IX. erreichen wird. Nichts-
destoweniger wird sein Name in der Geschichte
der Päpste eine hochbedeutende Rolle spielen, und
sein Pontifikat wird die Spuren einer weisen
Regierung hinterlassen. Beim Tode Pius IX.
lag die Kirche im Kriege fast mit allen Nationen
und den meisten Regierungen. Die hochgelobte
Intelligenz Leo XIII., verbunden mit einer weisen
Ruhe in der Anschauung der Dinge, hatte den
bemerkenswerthen Erfolg, zum großen Theil gut
gemacht zu haben, was die ziemlich heftige Poli-
tik seines Vorgängers der Sache der Kirche ge-
schadet hat. Die Zahl und die Bedeutung der
Sympathiebezeugungen, welche Papst Leo XIII.
durch die Staatshäupter zugesandt wurden, wür-
den allein genügen, um die tiefe Veränderung,
welche sich unter dem gegenwärtigen Papst in den
Beziehungen des Vatikan mit dem politischen
Europa gebildet hat, zu charakterisieren.

Unglücklicher Weise gibt es in allen Parteien
Leute, die künftigher als der König, und bei den
Katholiken, die päpstlicher als der Papst selbst sein
wollen. In der Umgebung Leo XIII. in Rom
hat man mit weiser Vorsicht jedes selbst ver-
leibende Anspielung auf die Ereignisse von 1871
vermieden. Einige Pilger haben nicht die übliche
Reise beobachtet; die Vespere besonders haben
den Taft, welchen die Umstände und die Situation
erforderten, nicht beobachtet. Glücklicherweise er-
neuert sich dieses Mal die Unordnungen des
Pantheons, welche i. J. 1871 Geruch machten,
nicht. Auf die gewaltigen Rufe: „Es lebe der
Papst — König!“ antworteten andere Rufe:
„Es lebe der König Humbert.“ Noch eigentüm-
licher ist der Zwischenfall, welcher sich in Wien
ereignete. Bekanntlich forderte in einer Ver-
sammlung der Brüderschaft St. Michael, welcher
1. Erzherzog und 2. Minister wohnten, der
Kardinal Gruscha inmitten enthusiastischen Bei-
falls die Wiederherstellung der weltlichen Macht
des Papstes. In Rom hat die Nachricht von
dieser Scene eine große Erregung hervorgerufen.
Viel weniger wegen der Manifestation, welche
fruchtlos bleiben wird, wie so viele andere, als
vielmehr wegen der Gegenwart von Persönlich-
keiten, welche so nahe Beziehungen zum Hofe und
zur Regierung haben, während der Manifestation.
Man hat letzten Sonnabend in der Kammer der
Deputierten über dieses Vorkommnis viel beklagt
und hat daran erinnert, daß unter viel weniger
schwierigen Umständen Sisimithoda sich ge-
zwungen sah, als Minister im Kabinett Crispi-
ni den Abschied zu nehmen, wo er einem Panett
beigewohnt hatte, wo aus Zufall irrenden
Reisen gehalten worden waren. In Wien, soviel
ist sicher, wird man gegenüber dem italienischen
Verbindeten die nämliche Konsequenz nicht ziehen.
Trotzdem hat der Minister Brin, an welchen die
Frage wegen obigen Vorgangs gerichtet war, sehr
persönlich geantwortet. Inessen wird berichtet,
daß dem italienischen Votschaster in Wien
Instruktionen erteilt worden, um eine Erklärung
zu verlangen, und daß ähnliche Schritte in Rom
bei der österreichisch-ungarischen Votschast gemacht
worden seien. Uebrigens ist es vorauszusetzen,
daß die Angelegenheiten Folgen nicht haben werden.

Rom, 21. Februar. Wie berichtet, ist in
der Nacht vom Freitag auf Sonnabend der Leibarzt
zweiter Päpste (Pius IX. und Leo XIII.)
Dr. Ceccarelli hier gestorben. Ceccarelli war eine
der liebenswürdigsten Erscheinungen des päpstlichen
Hofes; dabei besaß er nicht allein als Arzt, son-
dern auch als Mensch die besten Sympathien
der römischen Bevölkerung. Im Jahre 1830 in
Orvieto geboren, studierte Ceccarelli in Rom Me-
dizin und trat darauf als Militärarzt in das
päpstliche Heer ein, in welchem er eine rasche
Karriere machte. In den verschiedenen Feld-
zügen, namentlich bei Mentana 1867 und bei der
Einnahme Roms 1870, entfaltete er eine überaus
regte Tätigkeit, richtete Ambulanzen und Sa-
nitätszüge ein, legte Militärspitäler an u. s. w.
Gleichzeitig erwarb sich der zum „medico
maggior“ des päpstlichen Heeres Ernannte das
persönliche Vertrauen des Papstes Pius IX. in
dem Maße, daß er Ceccarelli schließlich die ver-
antwortungsvolle Stellung seines Leibarztes mit
dem Titel „Archiatro“, d. h. „Erzarzt“ übertrug.
Ceccarelli schloß Pius IX. die Augen, war dann
Leibarzt des Königs und ward, nachdem
Leo XIII. aus demselben als Papst hervorgegangen
war, von diesem gleichfalls als Leibarzt berufen.
In dieser Eigenschaft war Dr. Ceccarelli der treue
Gefährte und Rathgeber des Papstes, der gewiß
nicht zum Geringsten seinen Anordnungen zu
gehorchen, wenn er sich noch heute einer so vor-
trefflichen Gesundheit erfreut. Ceccarelli hatte es
trotz des Drängens der italienischen Regierung im
Jahre 1870 abgelehnt, mit demselben Heere, den
er bisher einnahm, in die italienische Armee ein-
zutreten; er zog es vor, sich ins Privatleben zu-
rückzuziehen, d. h. einzig und allein seinem Be-
rufe als Leibarzt des Papstes und seiner Zivil-
praxis zu leben. Seine Klientel rekrutirte sich
aus dem Klerus und der schwarzen Aristokratie.
Als Arzt, namentlich als Chirurg, war Ceccarelli
in ganz Italien hoch angesehen, und die Wissen-
schaft verankert ihm die Erfindung einer Anzahl
chirurgischer Instrumente. Im Privatleben spielte
er als fleißiger Gemeinderath eine gewisse Rolle,
bist sich aber stets von den Intrigen der In-
triganten fern, weshalb er auch zu den po-
pularsten Männern Roms gehörte. Selbst die
liberale Partei wird Dr. Ceccarelli ein freund-
liches Andenken bewahren.

Rom, 21. Februar. (W. Z.) Der

Papst empfing heute den Patriarchen Azarian,
welcher ein Schreiben und Geschenke des Sultans
überbrachte.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 21. Februar. (W. Z.) Dinge
Albeiro hat sich heute Vormittag 11 Uhr ins
königliche Palais begeben, um der Berufung des
Königs zu entsprechen. Wie verlautet, würde der-
selbe die Bildung des Kabinetts übernehmen.

Großbritannien und Irland.

London, 21. Februar. (W. Z.) Der
deutsche Votschaster Graf v. Daksfeld leidet an
einer leichten Bronchialaffektion, welche ihn nöthigt,
das Zimmer zu hüten. Der Votschaster befindet
sich bereits wieder besser, und hofft, sich in einigen
Tagen nach dem Sitzen begeben zu können.

London, 21. Februar. (W. Z.) „Reuter's Bureau“ meldet aus Kairo: Sidi
Pascha, bisher Minister der öffentlichen Arbeiten
und des Unterrichts, hat als Unterrichtsminister
demissionirt, wird aber Arbeitsminister bleiben.
Ministerpräsident Riaz Pascha, welcher zur Zeit
das Portefeuille des Innern verwaltet, wird auch
das Unterrichtsministerium übernehmen.

London, 21. Februar. (W. Z.) Unter-
haus. Schuttworth erklärte, die italienische Re-
gierung habe nicht die Absicht, ein Geschwader
zum Besuche nach England zu entsenden. Ge-
legentlich des internationalen Flottenfestes der
Vereinigten Staaten werde der Oberbefehlshaber
der nordamerikanischen Nation mit einigen
Schiffen seines Geschwaders der Flottenrevue in
Newport betheiligen. Die Admiralität erwäge, ob
noch einige weitere Schiffe dahin entsandt werden
sollen. Graf bezeichnete es als richtig, daß die
Vfschast im letzten Frühjahr die Chinesen aus
Somatrah vertrieben hätten. Der Emir
von Afghanistan habe erklärt, er habe
nicht die geringste Kenntnis davon gehabt,
daß die Afghanen hierauf die Kirgisenhuptlinge
von Buzila Bai und Ach-Gumbay sowie mehrere
Familien fortgeschleppt hätten. Hinsichtlich beider
Vorfälle habe ein freundschaftlicher Meinungs-
austausch zwischen der englischen und chinesischen Regierung
stattgefunden.

Türkei.

Konstantinopel, 21. Februar. (W. Z.)
Die „Agence de Constantinople“ ist von kompeten-
ter Seite ermächtigt worden, die Blättermeldung,
wonach das amerikanische Kollegium von Mexiko
im Vilayet Sivas (Kleinasien) durch Muselmanen
in Brand gesteckt sein sollte, für durchaus falsch
zu erklären. Ebenso unrichtig ist die Meldung
über eine blutige Schlägerei zwischen Christen und
Muselmanen in Sivas. Die Behauptung, daß
die dortigen Vfschast an die Muselmanen
Waffen vertheilt hätten, sei eine absurde Verleum-
dung. Auch in europäischen Diplomatentreisen
werde konstatiert, daß die in den Blättern über die
genannten Vorgänge veröffentlichten Mittheilungen
auf starken Uebertreibungen beruhen.

Amerika.

Ein Art Modell des sozialdemokratischen
Zukunftstaates hat vor kurzem auf brasilianischen
Boden, unweit der Stadt Palmeira, das Licht
dieser nichtern realistischen Welt erblickt. Das
Ding trägt den stolzen Namen „Anarchia“ und
zählt etwa ein halbes Hundert Bewohner —
Anarchisten —, welche den Sitten und Brä-
chen des verrotten Europas den Rücken gekehrt
und beschließen haben, der Menschheit das er-
beutende Schauspiel einer völlig neuen und glück-
lichen Gesellschaft zu gewähren. Die Leute haben
sich unverzüglich an Werk gemacht. Ein Theil
macht das Land urbar, während der andere
Theil, Professionisten, für Herstellung von Klei-
dung, Schuhwerk u. s. f. sorgt. Geld braucht Anarchia
nicht — wenigstens bis jetzt nicht. Mit seinen
brasilianischen Nachbarn fände sich das neue
Gemeinwesen soweit recht gut, wenn jene nur
nicht von ihm die Entziehung gewisser Schichten
für Benutzung und Instandhaltung der durch das
Gebiet Anarchias fließenden Verkehrsstraßen ver-
langte. Dazu aber muß doch Geld angeschafft
werden, Anarchia sieht sich also noch im Fügig-
keits seines ungeschicklichen Daseins genöthigt,
Steuern auszusprechen, wie der verkommenste
Bourgeoisstaat der kapitalistischen Welt. Aber
denn erreichen die Schmerzen der Anarchisten
keineswegs ihr Ende. Die wenigen vorhandenen
Franzosen — theils Russen, theils Franzosen —
huldigen durchaus nicht dem Lehrsatz der
freien Liebe, sondern jede einzelne hat „ihren“
Frei und will von keiner Kandidatur etwas
wissen. Den unbewiesenen Anarchisten ist die
Nichtigkeit eines der obersten Grundrechte aller
Zukunftstaatsleiter natürlich in hohem Grade un-
heimlich, und einer von ihnen hat einen bringen-
den Appell an die Genossen in Europa ergehen
lassen, dort Rekrutinnen für Anarchia anzu-
werben.

Anzwischen hat die Erfahrung nun noch ge-
lehrt, daß die Anarchisten mit ihren eigen ge-
machten Gerätschaften dem Boden des Unwahres
auf die Dauer nicht gewachsen sind. Die euro-
päischen, in erster Reihe die Pariser Genossen
sollen ihnen also eine Garantie der materiellen
landwirthschaftlichen Maschineninstruktionen zu-
kommen lassen, ferner das Material zur Errich-
tung einer Schneise- und Sägemühle, sowie zur
Anlage eines Bergwerks. Alles das aber kostet
Geld, Geld und wieder Geld, ein in Anarchia
strengstens perzipierter Artikel. So wagen dann
die biederen Bewohner Anarchias ganz schlichtern
an die Emission einer — Anleihe zu denken, in
Appoints a 25 Frs., rückzahlbar in drei Jahren.
Das Pariser Anarchistenblatt „La Révolte“ kün-
digt den Plan mit äußerster Beutlichkeit an,
wagt aber beileide keine Empfehlung desselben, aus
Furcht, börsenwindlicher Durchstreicherei ge-
ziehen zu werden.

Ohne Anarchia im geringsten zu nahe zu
treten, kann man doch sagen, daß sie im Punkte
der Steuern und Anleihen sich von den Bour-
geoisstaaten des alten Europa grundfänglich schon
jetzt in nichts mehr unterscheidet. Was soll das
erst geben, wenn einmal zehn oder zwölf Jahre
ins Land gegangen sein werden! Die kaiserlichen
Regierungen des weiblichen Elements weisagen den
„Zügellosen“ Genossen nichts Günstiges. Hier
komme vielleicht die Ueberlegung einiger Pri-
vatreue des Bebel'schen Buches: „Die Fran-
zosen wirken. Aber nur rasch, ehe es zu spät
wird!“

New-Orleans, 21. Februar. Der gestern
hier geforbene General Peter Gustav Beauregard
war einer der meistgenannten Feldherren der
amerikanischen Südstaaten im Sezessionskrieg.
Sein eigentlicher Name war Tontan, aber er
nannte sich nach einer bei New-Orleans gelegenen
Plantage seines, aus Frankreich stammenden,
Vaters. Er war Berufssoldat. Im Jahre 1818
geboren, wurde er nach vollendeter militärischer
Ausbildung in Westpoint 1838 Artillerie-Lieute-
nant, in welcher Eigenschaft er am Kriege gegen
Mexiko theilnahm. Im Jahre 1847 wurde er
Kapitän, nahm aber unter dem Präsidenten
Buchanan in der zweiten Hälfte der fünfziger
Jahre seinen Abschied. Dies hatte indessen keinen
politischen Grund, denn wie jener war er ganz
von den südstaatlichen Ideen erfüllt. Gleich
von Anfang an nahm er thätigen Theil an der
Sezession und erhielt 1861 in der Armee des
Südens den Posten eines Brigadegenerals. Als
solcher leitete er mit Erfolg den Angriff auf das
Fort Sumter bei Charleston in Südkarolina, mit
welchem der Bürgerkrieg eröffnet wurde, und ge-
wann am 26. Juli die Schlacht von Bull Run.
Im folgenden Jahre litt indessen sein militärischer
Ruf durch die unglückliche Schlacht bei Vicksburg
und den Rückzug von Corinth starke Einbuße,
und er wurde seines Kommandos entsetzt. Im
Jahre 1863 wieder zur Verwendung gelangt, ver-
theilte er erfolgreich Charleston und nahm im
Jahre 1864 hervorragenden Theil an der Ver-
theidigung der Hauptstadt des Südens, Richmond.
Im Herbst desselben Jahres wurde ihm der
Oberbefehl über Georgia, Tennessee und Alabama
übertragen; das Glück war ihm aber nicht hold;
er verlor die von Vicksburg Sherman nicht
Einmal zu thun. Nach Beendigung des Krieges
übernahm er die Direktion einer Eisenbahn in
Louisiana.

Bescheide und Beschlüsse des Reichsversicherungsamts.

Jeder von mehreren Unternehmern desselben
Betriebs hat als Mitglied der Genossenschaft
für den ganzen gemäß § 72 des Unfallver-
sicherungsgesetzes zu berechnenden Beitrag.

Es ist unstatthaft, rückständige Beiträge ver-
storbenen Genossenschaftsmitglieder gegen deren
Erben im Wege des Verwaltungsverfahrens (§ 74
Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes)
betreiben zu lassen, sofern die Erben nicht etwa
den Betrieb fortsetzen und die Geschäftsschulden
als Geschäftsnachfolger ausdrücklich übernommen
haben.

Die von Kantwörthen für die Zwecke des
eigenen Bedarfs betriebenen nicht fabrikmäßigen
Feldziegeleien haben im Zweifel als Bestandtheile
der landwirthschaftlichen Betriebe zu gelten, sobald
die Zuständigkeit einer Vanguerwerks-Genossen-
schaft nur dann in Frage kommt, wenn von vor-
herem festgestellt, daß der Ziegeleibetrieb lediglich
zu dem Zwecke stattfindet, um das Material für
eine bei der Versicherungspflicht jener Vanguer-
werks-Genossenschaft verpflichtete Bauarbeit zu
gewinnen.

Die Nr. 4 der Sonberangabe der „Amt-
lichen Nachrichten des Reichs-Verwaltungsamts,
Invaliditäts- und Altersversicherung“, vom gleichen
Tage enthält ein Rundschreiben an die Vorstände
der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Unfall-
ten z. B. betreffend die Durchführung des § 34
Ziffer 1 des Invaliditäts- und Altersver-
sicherungsgesetzes (Rufen des Anspruchs auf Invalidi-
tät oder Altersrente für diejenigen Personen, welche
Unfallrenten beziehen), sowie folgende bemerkens-
werthen Revisions-Entscheidungen:

Die von den Verwaltungsbehörden im Streit-
verfahren gemäß § 122 des Invaliditäts- und
Altersversicherungsgesetzes über die Beitragspflicht
getroffenen Entscheidungen sind für die Renten-
festsetzungsbehörden (Vorstand der Versicherungs-
anstalt, Schiedsgericht, Reichs-Verwaltungsamt)
bei Vertheilung der Versicherungspflicht desselben
Beschäftigungsverhältnisses bindend, soweit es sich
um die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes
handelt. Dagegen haben diese Verwaltungs-
entscheidungen für die nach dem Uebergangsbestim-
mungen des Gesetzes (§§ 156 ff. a. d. A.) maß-
gebende vorgelegte Zeit keine bindende Be-
deutung.

Auch auf dem Gebiete der Invaliditäts- und
Altersversicherung sind entsprechend der Recht-
sprechung bei der Unfallversicherung die Grund-
sätze der Zivilprozessordnung über die Unzulässig-
keit der Aenderung des Klagegrundes, insbesondere
die §§ 235 Absatz 2 und 3 und 489 a. d. A., im
Rentenfestsetzungsverfahren nicht mit gleicher
Strenge zur Anwendung zu bringen. Demgemäß
ist es für zulässig erachtet worden, daß das
Schiedsgericht einem Versicherten, der zunächst
Invaliditätsrente beantragt und erst im Verlaufe
des Verfahrens statt einer eventuell Altersrente begehrt,
letztere zugesprochen hat.

Der § 13 Absatz 3 der kaiserlichen Verord-
nung, betreffend das Verfahren von den auf
Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes
errichteten Schiedsgerichten vom 1. De-
zember 1890, ist in einem Falle als verletzt an-
gesehen worden, indem das Schiedsgericht den im
Termin zur mündlichen Verhandlung gestellten
Antrag des Staatskommissars, den Schiedsgerichts-
hofs als Zeugen zu vernehmen, lediglich
mit der Begründung abgelehnt hat, daß aus der
Befolgung dieses Antrages „überwiegende Nach-
theile“ insofern zu befürchten seien, als der Kläger
in Anbetracht seines hohen Lebensalters bei
noch längerer Dauer des Feststellungsverfahrens
sterben könnte, ohne in den Genuß der Rente zu
gelangen.

Die Mitwirkung einer Person, welche in der
Sache als Zeuge vernommen worden war, als
Schiedsgerichtsbeisitzer bei der Vertheilung ist
unzulässig und hierin ein wesentlicher Mangel des
Verfahrens zu erblicken.

Die Schiedsgerichte haben — abgesehen von
der in § 74 Absatz 2 des Invaliditäts- und
Altersversicherungsgesetzes getroffenen abweichenden
Bestimmung über die Bezeugung der Zeugen —
die sonstigen den Zeugenbeweis regelnden Vor-
schriften der Zivilprozessordnung im Allgemeinen
zu befolgen, ohne daß jedoch in der Unterlassung
der Beobachtung dieser Vorschriften immer ein
wesentlicher Mangel des Verfahrens wird erblickt
werden können.

